

Sitzung Nr. 7 vom 06. Juli 2021

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Robert Gerber Konrad Schleiss Reto Gasser Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Fabian Affolter Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Patrick Zberg (Ersatz)
Entschuldigt	Nicole Hirt
Anwesend von Amtes wegen	Roland Streule, Präsident NGK Bruno Heynen, Mitglied NGK André Weyermann, Präsident KUKO Aquil Briggen, Stadtbaumeister Christian Ambühl, Polizeikommandant Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter David Baumgartner, Finanzverwalter Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 20:35 Uhr
TRAKTANDEN	(2781 - 2793)
1	Protokoll der Sitzung Nr. 5 vom 18. Mai 2021

- | | | |
|----|------|--|
| 2 | 2781 | Neufestlegung der Vergütung des Verwaltungsrates der SWG |
| 3 | 2782 | Fortis Watches AG: Umbenennung Teilabschnitt Lindenstrasse |
| 4 | 2783 | Motion Robert Gerber (FDP): Ein sauberes und sicheres Grenchen - jetzt!
Beschluss über Erheblicherklärung |
| 5 | 2784 | Motion Fraktion SP: Masterplan Aareufer: Beschluss über Erheblicherklärung |
| 6 | 2785 | Externe Unterstützung Bauinspektorat |
| 7 | 2786 | Anpassung der Pensen für die Schulleitungen |
| 8 | 2787 | 'Arbeitsgruppe Sport': Pflichtenheft |
| 9 | 2788 | Geschäftsprüfungskommission: Ausschreibung, Einsetzen Wahlausschuss |
| 10 | 2789 | Mitteilungen und Verschiedenes |
| 11 | 2790 | Ansprache des Stadtpräsidenten zum Ende der Legislatur 2017-2021 |
| 12 | 2791 | VERTRAULICH |
| 13 | 2792 | VERTRAULICH |
| 14 | 2793 | VERTRAULICH |

- o -

Nachruf auf alt Gemeinderat Aldo Bigolin sel. (27.07.1964 - 18.06.2021)

Stadtpräsident François Scheidegger hält folgenden Nachruf:

Am 18. Juni 2021 verstarb der ehemalige Gemeinderat Aldo Bigolin nach langer Krankheit

Der liebe Verstorbene war von 2005 bis 2017 Mitglied des Gemeinderates und von 2009 bis 2017 Mitglied der Gemeinderatskommission. Während seiner 12-jährigen Amtszeit als Gemeinderat setzte Aldo Bigolin sich immer wieder mit seinem Wissen für Grenchen und seine Bevölkerung ein und hat an 133 Sitzungen teilgenommen. Seine umfassenden Kenntnisse, sein Engagement und seine kollegiale Art wurden von allen sehr geschätzt. Als Vorstandmitglied engagierte er sich ebenfalls für die FDP. Die Liberalen der Stadt Grenchen und amtierte von 2013 bis 2017 als Fraktionschef.

Neben der Politik war die Musik ein wichtiger Teil seines Lebens.

Als langjähriger Präsident des Kuratoriums Internationale Musikwoche Grenchen war Aldo Bigolin massgeblich an der Wiederaufnahme der Internationalen Musikwoche Grenchen beteiligt. Es war ihm eine Herzensangelegenheit, das Festival wiederzubeleben. So wurde sie 2018 auf seine Initiative hin erstmals seit 2005 wieder durchgeführt. Für 2020 war bereits ein Programm geplant, welches jedoch aufgrund der Corona-Situation auf 2022 verschoben werden musste.

Er selbst spielte mit viel Herzblut Euphonium und war seit 1984 Mitglied der Stadtmusik Grenchen, welche er als deren Präsident von 1998 bis 2008 leitete. Als Mitglied der Hilari Zunft Grenchen spielte er zudem bei den Hilari Broders mit.

Mit dem Tod von Aldo Bigolin verliert Grenchen eine engagierte Persönlichkeit. Für sein vielfältiges Wirken danken wir dem lieben Verstorbenen von Herzen; wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Gemeinderat erhebt sich im stillen Gedenken an Aldo Bigolin zur Schweigeminute.

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 5 vom 18. Mai 2021 wird mit folgenden Korrekturen genehmigt.

GRB 2759

Postulat Peter Brotschi (CVP): Grenchenberg 2 / Schutz des Naturraums auf dem Grenchenberg: Beschluss über Erheblicherklärung

Gemeinderat Peter Brotschi bezieht sich auf seine Aussage in Ziff. 1.2: *„Wahrscheinlich wird es in die Richtung Rangerdienst gehen, wie die Baudirektion aufgezeigt hat.“*

Er muss diese Aussage berichtigen. In Ziff. 2.6 der Vorlage stand in der Stellungnahme der Baudirektion nichts vom Rangerdienst. Das Thema Rangerdienst wurde in der Vorlage unter „Fazit“ (ohne Rubrik, richtigerweise wohl Ziff. 2.7) abgehandelt. Er hat das Fazit fälschlicherweise der Baudirektion zugeordnet.

GRB 2767

Interpellation Angela Kummer (SP): Massnahmen zur Deutsch- und Leseförderung: Beantwortung

In Ziff. 3.1 im 2. Abschnitt müsste richtigerweise *„Austauschort“* stehen.

- o -

Neufestlegung der Vergütung des Verwaltungsrates der SWG

Vorlage: NGK/16.06.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Roland Streule, Präsident Nominations- und Governance-Komitee (NGK), ausführt, wurden Vergleiche mit anderen Unternehmen in der Branche angestellt. Die Gemeinderatskommission hatte Einblick in diese und findet die Vorschläge tragbar. Für den Verwaltungsrat wird es in Zukunft einen höheren zeitlichen und fachlichen Aufwand brauchen. Dank der Reduktion von 9 auf 7 Mitglieder wird es insgesamt keine massive Erhöhung der Gesamtkosten für die SWG geben. Die Basis sind 7 Sitzungen im Jahr. Die Tendenz geht eher in Richtung von 5 bis 6 Sitzungen, was nochmals zu einer Reduktion des Aufwands führen wird. Es werden keine Spesen ausgezahlt, wenn lokale Sitzungen (in Grenchen und Umgebung) stattfinden. In der Zwischenzeit wurden Interviews mit Kandidaten geführt. Unter anderen auch mit zwei Kandidaten, die das NGK für das Amt des VR-Präsidenten sehen würde. Ein Kandidat forderte CHF 30'000.00 bis CHF 40'000.00 als Basis ohne Spesen. Ein gleichwertiger Kandidat war ebenfalls nicht mit CHF 15'000.00 einverstanden. Er würde eigentlich CHF 30'000.00 wollen, wäre aber bereit, das Mandat für CHF 20'000.00 plus Spesen zu übernehmen. Das NGK hat sich auch noch überlegt, ob man bei den Sitzungsgeldern eine kleine Korrektur vornehmen soll. Hier ist man sich noch nicht einig, was man machen soll.
- 1.2 Bruno Heynen, Mitglied NKG, fügt an, dass der Vorschlag „Fixhonorar VR-Präsident von CHF 15'000.00“ leicht unter dem Durchschnitt ist. Das NGK war hier konservativ. Jetzt hat man gesehen, dass es mit diesem Ansatz bei zwei Kandidaten nicht geht. Der zweite Bewerber würde es für CHF 20'000.00 machen, obwohl er eigentlich CHF 30'000.00 wollte. Wenn man CHF 20'000.00 festlegt, ist man immer noch im Durchschnitt und nicht drüber.

2 Eintreten

- 2.1 Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Robert Gerber, hat anlässlich der Fraktionssitzung davon Kenntnis genommen, dass an den zwischenzeitlich geführten Bewerbungsgesprächen mit potenziellen Anwärtern für das VR-Präsidium das vom NGK vorgeschlagene Fixhonorar nicht ganz den Vorstellungen der Bewerber entspricht. Sie ist mit einer Erhöhung auf 20'000.00 Franken einverstanden.

Beim Sitzungsgeld schlägt sie vor, dass statt einer Aufteilung bis zu einem halben Tag 300 Franken und länger als ein halber Tag 1'000 Franken, sowohl beim VR-Präsidenten als auch bei den Mitgliedern des Verwaltungsrates pro angefangenen Halbtage 500 Franken entschädigt wird.

Es war bei den Diskussionen, die in Sachen neuer Verwaltungsrat SWG in den letzten zwei, drei Jahren geführt wurden, immer die Rede von einer in Anführungszeichen Professionalisierung des Verwaltungsrates. Es war allen klar, dass die auch zu einer Anhebung der bisherigen Vergütungen, sowohl was das Fixhonorar als auch das Sitzungsgeld betrifft, führen wird. Die FDP-Fraktion erwartet und verlangt vom neuen Verwaltungsrat einiges und das soll auch entsprechend entschädigt werden. Sie ist für Eintreten auf die Vorlage und stimmt ihr mit den vorgeschlagenen Änderungen zu.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 François Scheidegger fasst die neuen Anträge wie folgt zusammen:

- Erhöhung des Fixhonorars VR-Präsident von CHF 15'000.00 um CHF 5'000.00 auf CHF 20'000.00.
- Erhöhung des Sitzungsgeldes VR-Präsident, VR-Vizepräsident, VR-Mitglied pro angefangenen Halbttag von CHF 300.00 auf CHF 500.00.

3.1.1 Für Bruno Heynen ist ein Sitzungsgeld von CHF 500.00 für eine halbtägige Sitzung in Ordnung.

3.1.2 Laut François Scheidegger können im Verwaltungsrat auch Leute Einsitz haben, die nicht von Grenchen sind und eine Anreise haben, die nicht entschädigt wird. Es ist letztlich eine Ermessenssache.

3.2 Angela Kummer stört sich am Vorgehen. Es wäre transparenter gewesen, wenn man die Informationen und die angepassten Anträge vorher gehabt hätte.

3.2.1 François Scheidegger meint, dass der Antrag für das Sitzungsgeld von CHF 500.00 bis zu einem halben Tag brandneu ist. Er hat ihn in der FDP-Fraktion noch eingebracht.

3.2.2 Angela Kummer hätte es besser gefunden, wenn die Fraktionen vorher ein Mail erhalten hätten oder man die neuen Angaben heute projiziert hätte.

3.3 Gemeinderat Daniel Hafner ist davon ausgegangen, dass das NGK ein Fachgremium ist und etwas Verbindliches sagen kann, wenn es um marktübliche Preise geht. Es ist problematisch, wenn man ein Honorar anbietet, das zu tief ist. Welche Erklärung hat das NGK dazu?

3.3.1 Bruno Heynen betont, dass es nur ein Viertel mehr ist. Das NGK lag nicht so daneben. Es war bei den Ansätzen konservativ und hat auf das Geld geschaut. Der zweite Kandidat ist ein Topkandidat. Man hat schon einen Kandidaten verloren. Man wäre aber nicht auf CHF 30'000.00 oder CHF 40'000.00 hinaufgegangen. Das wäre mehr als vergleichbare Unternehmen in der Branche zahlen. Das NGK wäre froh, wenn der Gemeinderat der Erhöhung von CHF 15'000.00 auf CHF 20'000.00 zustimmen würde. Der zweite Kandidat ist sehr gut. Sonst muss man nochmals zurück. Es wäre schade, wenn es an den CHF 5'000.00 scheitern würde.

3.2.2 Laut Daniel Hafner hat der zweite Kandidat für das VR-Präsidium CHF 30'000.00 verlangt. Jetzt bekommt er CHF 20'000.00. Wirkt sich das auf die Qualität aus?

3.3.3 Roland Streule versichert, dass der zweite Bewerber seinen Job gut machen wird. Er kommt der Stadt entgegen, weil ihm das Mandat Freude bereiten würde. Es geht ihm nicht nur um das Geld. Das NGK ist von der Person überzeugt.

Das NGK hat zuerst CHF 15'000.00 vorgeschlagen, weil das Fixhonorar VR-Präsident im alten Reglement CHF 8'000.00 war. Man war unsicher, wie der Gemeinderat reagieren würde, wenn man direkt CHF 20'000.00 beantragt hätte. Deshalb entschied man sich, konservativ zu sein und zuerst auf CHF 15'000.00 hinaufzugehen. Erst bei den Interviews hat man gemerkt, dass es etwas zu tief ist.

- 3.3.4 Man hat, so François Scheidegger, einen Benchmark durchgeführt. Es gibt eine grosse Differenz beim Fix-Honorar VR-Präsident.
- 3.4 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno zeigt sich nicht glücklich darüber, wie das abgelaufen ist. In der Vorlage ist man von etwas anderem ausgegangen. Was jetzt vorgeschlagen wird, entspricht der Realität. Die Preise auf dem Markt sind höher. Es kostet mehr. Das soll es dem Gemeinderat auch wert sein. Die Vergütung zahlt die SWG. Etwas Gutes kostet etwas. Die Mitte-Fraktion wird den angepassten Anträgen zustimmen.
- 3.5 Alexander Kaufmann ist befremdet über das Vorgehen. Er hätte wenigsten eine neue Beilage mit den neuen Zahlen erwartet.
- 3.6 Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Konrad Schleiss, unterstützt die Erhöhung des Sitzungsgeldes pro angefangenen Halbtag auf CHF 500.00. Ist die Vergütung zu tief, sitzen sie länger zusammen. Mit CHF 500'00 pro halben und CHF 1'000.00 pro ganzen Tag für alle Mitglieder ist es einfacher. Solche Ansätze sind bei Leuten aus dem Ingenieurbereich üblich.
- 3.7 Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, erkundigt sich, ob nur das Fixhonorar VR-Präsident angepasst wird. Was passiert mit den anderen Mitgliedern?
- 3.7.1 Roland Streule begründet die Erhöhung des Fixhonorars VR-Präsident damit, dass dieser ein viel grösseres Pensum hat. Bei den normalen Verwaltungsräten bleibt der Aufwand in etwa gleich, trotzdem beantragt das NGK im Hinblick auf eine Professionalisierung des Verwaltungsrates eine Erhöhung von CHF 5'000.00 auf CHF 8'000.00.
- 3.8 Abstimmung:
1. Der Antrag, das Fixhonorar VR-Präsident von CHF 15'000.00 um CHF 5'000.00 auf CHF 20'000.00 zu erhöhen, wird einstimmig gutgeheissen.
 2. Die Fixhonorare VR-Vizepräsident und VR-Mitglied von CHF 8'000.00 werden einstimmig gutgeheissen.
 3. Der Antrag, das Sitzungsgeld (pro Sitzung) VR-Präsident, VR-Vizepräsident, VR-Mitglied pro angefangenen Halbtag von CHF 300.00 auf CHF 500.00 zu erhöhen, wird einstimmig gutgeheissen.
 4. Das Sitzungsgeld (pro Sitzung) VR-Präsident, VR-Vizepräsident, VR-Mitglied länger als ein halber Tag von CHF 1'000.00 wird einstimmig gutgeheissen.
 5. Die zusätzliche Entschädigung für die Sitzungsvorbereitung und -leitung durch den VR-Vizepräsidenten oder ein anderes VR-Mitglied (in Vertretung des VR-Präsidenten) von CHF 500.00 wird einstimmig gutgeheissen.
 6. Das Sitzungsgeld für Sitzungen von VR-Ausschüssen von CHF 300.00 wird einstimmig gutgeheissen.
 7. Die Spesen-Entschädigungen (für Sitzungen in Grenchen und Umgebung pauschale Entschädigung mit Sitzungsgeld, für Sitzungen an anderen Orten effektiv gemäss Spesenreglement der Stadt) werden einstimmig gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die VR-Honorare und Sitzungsgelder gemäss Ziff. 3.8 hiavor werden beschlossen.
- 4.2 Sie treten ab neuer Amtsperiode 2021/22 in Kraft.

Vollzug: SWG

SWG
NGK

8.7.0 / acs

Fortis Watches AG: Umbenennung Teilabschnitt Lindenstrasse

Vorlage: SF/23.06.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemäss Gemeinderätin Angela Kummer kommt das Gesuch der FORTIS Watches AG für die Umbenennung des Teilabschnitts der Lindenstrasse nach der Umbenennung bei der Firma Breitling nicht ganz unerwartet. Die Idee reiht sich in einen ganzen Reigen von Strassennamen ein, die einen Bezug zur Uhrenindustrie haben: nach der Girardstrasse, der Schild-Rust Strasse, der Schild-Hugi Strasse, der Arnold Baumgartner-Strasse und der Leon-Breitling Strasse möchte nun also auch die FORTIS „ihre“ Strasse. Ihrem Wunsch nach einer Allee kann zwar leider nicht entsprochen werden, aber die SP-Fraktion hofft, dass sich die FORTIS Watches AG mit der Strasse zufrieden gibt. Die SP kann der Umbenennung selbstverständlich zustimmen. Mit der Strassen-Umbenennung kann dem Engländer John Harwood, dem Erfinder der automatischen Armbanduhr, der viele Verbindungen nach Grenchen hatte, gedacht werden. Für die Stadt Grenchen bedeutet diese Umbenennung auch beste Werbung für die Grenchner Uhrenindustrie mit grosser Tradition. Die neue Crew der FORTIS ist sehr kooperativ und öffnet bekanntlich seit Neustem - in Zusammenarbeit mit Grenchen Tourismus - ihre Türen in ihre Firma und ihr neues Uhrenatelier, darum sind dies sehr positive Zeichen. Schmunzeln musste die SP einzig über den Wunsch für die Umbenennung der Strassennummer - möge die Nr. 13 der FORTIS Watches AG viel Glück bringen.
- 2.2 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno erklärt, dass Die Mitte-Fraktion für die Umbenennung in John Harwood-Strasse ist. Da es sich bei diesem Teilabschnitt um eine Strasse handelt, bei der es ausser der Fortis Watches AG keine anderen Anstösser betrifft, kann dem Wunsch nach einer Strassenumbenennung Rechnung getragen werden. Mit diesem Akt verleiht man der Stadt ein internationales Flair und steht zu dem, was man ist: das Zuhause der Uhrenindustrie.
- 2.3 Als Gemeinderat Reto Gasser die Unterlagen angeschaut hat, musste er wegen der Idee und des Namens schmunzeln. Wenn man jetzt Tür und Tor öffnet und jeder, der etwas in Grenchen gemacht hat, eine Strasse erhält, kann das problematisch werden.

Reto Gasser hat sich dann über den Erfinder John Harwood schlau gemacht und jemanden gefragt, der sich in diesem Bereich auskennt. Ihm wurde bestätigt, dass es wirklich etwas Besonderes ist. Die FDP-Fraktion kann den Vorschlag der Gemeinderatskommission unterstützen, da es sich nur um einen Teilabschnitt handelt, der in John Harwood-Strasse (nicht Allee) umbenannt werden soll und an dem nur die Fortis Watches AG situiert ist. Die FDP ist für Eintreten und wird dem Antrag zustimmen.

- 2.4 Gemeinderat Peter Brotschi zieht die Verdienste des Erfinders der Automatikuhr nicht in Zweifel. Er wird sich aber wie beim früheren Geschäft „Umbenennung Unterführungsstrasse in Léon Breitling-Strasse“ der Stimme enthalten. Er ist kein Freund von Benennungen von Strassen nach Personennamen. Es gibt schöne Flurnamen in Grenchen, da muss man nicht noch das Wort „Strasse“ hinzufügen (z.B. nur Staad 244 anstatt Staadstrasse 244).
- 2.5 Gemäss Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, steht in der Vorlage nicht, was das Ganze kostet. Es wäre schön, wenn die Information irgendwo angegeben wäre. Es wäre ein wichtiger Teil.
- 2.6 François Scheidegger meint, dass es die Stadt ein Strassenschild kosten wird. Der Firma hingegen werden Kosten bei den Drucksachen entstehen.
- Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 14 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Teilabschnitt Verzweigung Bielstrasse bis Verzweigung Nordbahnhofstrasse der Lindenstrasse wird in John Harwood-Strasse umbenannt.

Zu eröffnen an: Fortis Watches AG, Herr Jupp Philipp, Lindenstrasse 45, 2540 Grenchen

Vollzug: BD, KZL (Eröffnung)

BD
SF

0.0.1.2 / acs

Motion Robert Gerber (FDP): Ein sauberes und sicheres Grenchen - jetzt! Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/17.06.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Motion von der Baudirektion in Koordination mit der Stadtpolizei und Standortförderung schriftlich beantwortet.

1.2 Gemeinderat Robert Gerber dankt allen, die zur Beantwortung seiner Motion etwas beigetragen haben und aufzählen, was man so machen könnte und macht. Wenn er die Stellungnahme zu Motion so liest, könnte man leicht zur Auffassung kommen, in Grenchen sei, was die Sauberkeit und der Abfall angehe, alles im Butter. Wenn er aber an einem Wochenende durch Grenchens Stadtzentrum läuft, sieht er so das eine oder andere, das nicht im Butter ist. An der Bettlachstrasse, vis-à-vis des Baracoa sind jeweils zahlreiche Kehrichtsäcke zu sehen. Hinter der EPA, bei diesen Appartementwohnungen, stehen kurz nach der Kehrichtabfuhr am Freitag wieder zahlreiche Kehrichtsäcke und meistens auch noch ein paar Möbelstücke. Beim Touring an der Centralstrasse türmen sich die Kehrichtsäcke neben den Containern. In Gesprächen mit den Leuten von der Kehrichtabfuhr war zu erfahren, dass die Container in aller Regel leer sind und die Säcke einfach dort hingeschmissen werden. Es gäbe noch andere Beispiele aufzuzählen. Er möchte einfach Taten sehen, dass man sich dieser Schweinereien annimmt. Es ist wie bei vielem anderen auch, mit dem Auflegen oder gar Verteilen von Glanzpapierprospekten ist es nicht getan. Man hat sich hier in diesem Rat schon mehrmals mit der Problematik „Lesen und Verstehen“ befasst und ist zur Erkenntnis gekommen, dass das zwei Paar Schuhe sind. Hier kommt noch eine weitere Dimension dazu. „Lesen und Verstehen-Wollen“. Wenn er die Kehrichtsäcke und die Möbel einfach so, wenn es ihm passt. auf die Strasse stellen kann und er keine Sanktionen zu erwarten hat, warum soll er sich dann bemühen, den Abfuhrplan genauer zu studieren? Die Massnahmen, die in der Motionsantwort aufgezählt sind, in Ehren, aber es braucht mehr. Man muss den Sündern und den Sünderinnen aufhocken. Bei den Sauereien leidet auch das Sicherheitsgefühl. Er ist zwar nicht zufrieden, wie sich die Angelegenheit entwickelt, und kann mit den aufgeführten Massnahmen wenig anfangen, aber er ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, aber er ist nicht einverstanden, dass man es gleich auch noch als erledigt abschrieben möchte. Denn erledigt ist nichts.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Gemäss Gemeinderat Daniel Hafner handelt es sich um die zweite Eingabe, in der es um Sauberkeit in der Stadt geht. Leider wird das Thema im vorliegenden Postulat polemisch angegangen und die Sauberkeit mit der Sicherheit verbunden. Grenchen ist eine sichere Stadt, nicht nur im Kanton, sondern auch national. Er sieht ebenfalls Handlungsbedarf betreffend Sauberkeit. Die Antwort der Baudirektion ist unpräzise. Die Behörden unternehmen zu wenig. Die Initiative kommt von aussen. Es sind die Schulen, die Reinigungsaktionen durchführen. Der Clean-up-Day ist ein nationaler Anlass, an dem sich nachher die SP Grenchen, die Grünen Grenchen und die Stadt Grenchen beteiligt haben. Auch das Raumpartnerschaft-Projekt ist eine Kampagne der IGSU, die nationale geführt wird. In Grenchen existiert jetzt ebenfalls ein Raumpatenschafts-Projekt, was toll ist. Die Stadt ist damit nicht von der Pflicht befreit, selbst Massnahmen zu ergreifen. Robert Gerber klagt an, trägt aber nichts zur Lösungsfindung bei. Die SP findet, dass die Stadtpolizei gezielt vorgehen muss, einmal oder zweimal genügt nicht, es muss regelmässig kontrolliert und sanktioniert werden. Das regelmässige Leeren der Abfalleimer ist essentiell. Man müsste an neuralgischen Punkten auch sonntags die Abfalleimer leeren. Wo Abfall ist, entsteht mehr Abfall. Solange die Übeltäter nicht erwischt werden, wird sich nichts ändern. Die Ressourcen sind knapp. Wenn man jemanden erwischt, müsste er bluten. Man muss den Bussenkatalog so anpassen, dass es „schweineteuer“ wird, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen.
- 3.2 Gemeinderat Richard Aschberger teilt die Einschätzung von Daniel Hafner. Das Raumpartnerschaft-Projekt hat ihn positiv überrascht. Er regt an, dass auch Schulklassen die Aufgabe von Raumpaten übernehmen könnten (man könnte entsprechende Ämtli an Schülerinnen und Schülern verteilen). Man müsste bei solchen Vergehen die Schraube anziehen. Es wurde bereits vor zwei Jahren darauf hingewiesen, dass strengere Strafmassnahmen nötig wären (höhere Bussen, Ableistung von Sozialstunden). Eine Busse von ein paar lächerlichen Franken schreckt nicht ab. Erst ein hoher Betrag wird Littering eindämmen können. Ein Ärgernis ist, wenn Abfall und Sperrgut schon Tage vor der Kehrachtsammlung an den Strassenrand gestellt werden und das Stadtbild darunter leidet. Was auch nicht geht, ist, dass die Stadt das, was liegen bleibt, schliesslich auf eigene Kosten aufräumen und entsorgen muss.
- 3.3 Gemäss Gemeinderat Reto Gasser ist das Problem, dass die Höhe der Bussen nicht von der Gemeinde, sondern vom Kanton festgelegt wird. Er möchte wissen, ob überhaupt Bussen verteilt werden. Werden Säcke in Grenchen geöffnet? An der Centralstrasse z.B. steht jeweils fast ein ganzer Möbelmarkt draussen. In anderen Städten werden die Säcke geöffnet.
- 3.4 „Steter Tropfen höhlt den Stein“, meint Gemeinderat Peter Brotschi. Zum Beispiel an neuralgischen Liegenschaften an der Kirchstrasse ist die Abfuhr am Freitag. Die Säcke werden aber eine geschlagene Woche vorher draussen hingestellt, obwohl es teilweise Abfallcontainer hat. Wenn man es einen Tag zu früh hinausstellt, hat er noch Verständnis, aber nicht, wenn dies mehrere Tage vorher geschieht, nota bene alles zur Freude der Füchse und Krähen. Er bittet die Stadtpolizei, genau hinzuschauen, wenn sie auf Streife ist. Man sieht, wenn es dienstags Abfall draussen hat. Die Polizei muss wissen, wann die Kehrachtsammlung in der Zone Ost und West ist. Er verlangt, dass sie anhält und einschreitet, wenn gegen das Abfallreglement verstossen wird. Er erwartet, dass das gestoppt wird. Der stete Druck der Stadtpolizei bewirkt etwas. Das Reglement wurde von der Gemeindeversammlung verabschiedet. Die Stadtpolizei hat den Auftrag, das städtische Gesetz durchzusetzen.

- 3.5 Gemäss Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, ist man sich einig, dass man noch nicht an dem Punkt ist, an dem man gerne wäre. Auch ihm fallen einige Beispiele ein. Er versteht daher nicht, warum das Postulat nach der Erheblicherklärung gleich als erledigt abgeschrieben werden soll. Es ist nicht erledigt. Man muss sich konkrete Massnahmen überlegen, die Köpfe zusammenstecken und beschliessen, was man machen will. Man hat gehört, dass die Erhöhung der Bussen nicht geht. Was ist mit Sozialstunden? Wie funktioniert das? Was kann man alles machen, um die Kontrolle in diesem Bereich zu haben?
- 3.6 Robert Gerber muss die Aussage von Daniel Hafner korrigieren, wonach er nichts zur Lösung beiträgt. Seine Familie macht beim Raumpartnerschaft-Projekt mit und betreut als Raumpaten einen Schulweg. Es ist hochinteressant, wie viel Abfall auf dem Weg ist.
- 3.7 Gemäss Peter Brotschi lehnt die Mitte die Abschreibung des Postulats ab.
- 3.8 Stadtbaumeister Aquil Brigger betont, dass es um ein paar schwarze Schafe geht. Wenn es ein Patentrezept gäbe, hätte man es schon lange umgesetzt. Man hat in der Vorlage die verschiedenen Initiativen und Projekte aufgelistet. Man erhebt nicht den Anspruch, dass die Anstösse von der Baudirektion gekommen sind. Es sind Sachen, welche die Baudirektion gerne unterstützt. Der Werkhof ist neben der Abfuhr auch noch für die Beseitigung des Abfalls im öffentlichen Raum (Leerung Abfalleimer und Robidogs, Littering-Reinigung) und die Strassenwischerei verantwortlich. Er möchte an dieser Stellen den Leuten vom Werkhof danken, die tagtäglich im Einsatz sind. Es wird gefordert, dass auch sonntags der Abfall eingesammelt wird. Er kann gerne eine Offerte einholen. Mit der jetzigen Belegschaft ist es nicht möglich, sonst gibt es Überstunden. Die Abfallsäcke werden in Grenchen geöffnet. Es wurden schon Bussen verteilt. Man kann auch den Aufwand für das Öffnen, Kontrollieren und Entsorgen verrechnen. Leider ist es so, dass man in den Abfallsäcken immer weniger Hinweise auf die Verursacher findet. Früher fand man noch die Nummer der Supercard etc. Heute sind die Leute so schlau, dass sie ihre Quittungen nicht mehr in den Sack stecken.
- 3.9 Wie Simon Büttiker, Polizeikommandant Stv., ausführt, hat die Sauberkeit einen Einfluss auf das subjektive Sicherheitsgefühl. Es ist deshalb wichtig, das Abfallverhalten mit gezielten Aktionen positiv zu beeinflussen (z.B. Clean-up-Day). Die Polizei arbeitet eng mit dem Werkhof zusammen. Sie interveniert bei Abfallvergehen, führt Kontrollen durch und klärt die Herkunft ab. Leider sind heutzutage in den geöffneten Säcken nicht mehr viele Anhaltspunkte drin. Aufgrund mangelnder Beweise ist das Ausstellen von Bussen oft nicht möglich. Werden Verursacher eruiert, werden sie in der Regel gebüsst oder verwarnt. Grenchen hat mittlerweile 18'000 Einwohner und im Vergleich zu den anderen Städten im Kanton (Solothurn und Olten) im Verhältnis zur Einwohnerzahl am wenigsten polizeiliche Ressourcen zur Verfügung. Die Sicherheit wird wieder wichtiger. Ein Sicherheitsproblem bringt eine Stadt schnell in schlechte Schlagzeilen.
- 3.10 François Scheidegger macht den Vorschlag, eine kleine Task Force zu gründen und die Köpfe zusammenzustecken. Es gibt gute Aktionen. Letztlich sollte man das Problem an der Wurzel lösen. Es gibt in gewissen Gegenden Probleme bei der Entsorgung von Sperrgut. Hier kommen relativ rasch Reklamationen. Der Werkhof holt den Müll dann irgendeinmal ab. Das kann aber nicht die Lösung sein. Die Verwaltung hat den Auftrag, am Thema dran zu bleiben.
- 3.11 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

BD
FV
SF

6.2 / acs

Motion Fraktion SP: Masterplan Aareufer: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: BD/16.06.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion von der Baudirektion schriftlich beantwortet.

1.2 Die Motion, so Gemeinderätin Angela Kummer, zeugt vom Wunsch für ein attraktiveres Naherholungsgebiet an der Aare, als dies momentan der Fall ist. Das Gebiet wird zwar schon heute rege genutzt, hat aber auch noch viel Potenzial, sei es mit der Attraktivierung der Schiff-Anlegestelle mit mehr Informationen zur Stadt und zu den Busverbindungen, bessere Signalisation, einem Strand, einem vereinfachten Einstieg in die Aare sowie allenfalls sogar einem Spielplatz und einer Bar als Ergänzung zum Restaurant Fischerhaus. Darum findet es die SP-Fraktion sinnvoll, nicht nur den Bootshafen zu planen, sondern gleich weiter zu machen und das Gebiet mit einem Masterplan von der Aarebrücke bis zum geplanten Bootshafen als Ganzes anzuschauen.

Konkret ist der SP der Werkhof der Marti AG ein Dorn im Auge. Er ist kein Hingucker, wird nicht mehr an der Aare verwendet und ist vom ökologischen Aspekt her auch nicht mehr am richtigen Ort. Angela Kummer möchte sich an dieser Stelle bedanken für die konkreten Abklärungen, welche seitens Stadt gemacht wurden, v.a. auch betreffend alternative Standorte für den Werkhof der Marti AG. Eine Umplatzierung des Werkhofs ist anscheinend schwierig, stösst jedoch immerhin beim Eigentümer auf offene Ohren. Geeignete Ersatzflächen seien zurzeit nicht vorhanden. Erste Synergien ergeben sich schon für die Nutzung der Slip-Anlage für den Bootshafen für die Einwässerung von Booten, da ja kein Lift vorgesehen ist.

Damit man als Stadt ein Zeichen für die Attraktivierung des Aareufers setzt, wandelt die SP die Motion in ein Postulat um und bittet den Rat um Unterstützung. Zuerst soll der Bootshafen gebaut werden, die Erarbeitung eines Masterplans soll danach in Angriff genommen werden.

2 Eintreten

2.1 Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, erklärt, dass die gIp mit der Erarbeitung eines Masterplans einverstanden ist. Es ist aber gescheiter abzuwarten, was betreffend Bootshafen entschieden wird. Grundsätzlich ist die gIp damit einverstanden, was im Vorstoss betreffend Marti-Areal thematisiert wurde.

- 2.2 Wie man aus der Stellungnahme herauslesen kann, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, sind die Eigentumsverhältnisse, was den Marti-Werkhof anbelangt, als starr zu betrachten. Alleine diese Aussage zeigt schonungslos auf, dass an der jetzigen Situation auch mit einem Masterplan keine Veränderung erreicht werden kann. Solange der Landbesitzer nicht verkaufen will, ist da nichts auszurichten. Trotzdem kann Die Mitte-Fraktion das Anliegen nachvollziehen, welches neben dem in Planung stehenden Bootshafen auch eine weitere Aufwertung des Gebiets westlich des Fischerhauses anstrebt. Zumal für den Bau des Bootshafens Agrarland verloren geht, welches durch die Umgestaltung des Werkhofs wiederhergestellt und dadurch zusätzlich Grünraum geschaffen werden kann. Nachdem die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde, kann Die Mitte dem Ansinnen zustimmen,
- 2.3 Gemäss Gemeinderat Marc Willemin sieht die SVP-Fraktion eine Chance im Zusammenhang mit dem Bootshafen. Wenn das Marti-Areal an einem anderen Ort Platz finden würde, wäre das auch gut. Werden die beiden Projekte koordiniert?
- 2.4 Gemeinderat Konrad Schleiss hat noch eine Bemerkung aus raumplanerischer Sicht: Es gibt noch andere Werkhöfe, die ausserhalb der Bauzone liegen. Er macht beliebt, für diese eine gemeinsame Lösung zu finden. Man sollte es irgendeinmal bereinigen. Ein Werkhof gehört in die Gewerbe- und Industriezone und nicht in die Aareufer- oder Landwirtschaftszone.
- 2.5 François Scheidegger stellt fest, dass sich alle einig sind. Das Marti-Areal ist auch ihm ein Dorn im Auge. Der Eigentümer zeigt sich gesprächsbereit, was gut ist. Was dort gelagert wird, hat mit Wasserbau nichts zu tun und ist eine Zweckentfremdung. Er sieht keinen Koordinationsbedarf. Dank der Firma Marti ist der Bootshafen überhaupt möglich, weil deren Slip-Anlage genutzt werden kann, was sich vorteilhaft auf verschiedene Bereiche auswirkt. Man steht mit dem kantonalen Amt für Raumplanung in Kontakt. Das Anliegen betreffend Werkhof wurde deponiert. Vielleicht gibt es irgendwo ein Grundstück, wo man es machen könnte, dann könnte man den jetzigen Standort renaturieren und zurückbauen. Es ist sinnvoll, den Betrachtungsperimeter zu erweitern.
- Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

BD

7.9.1 / acs

Externe Unterstützung Bauinspektorat

Vorlage: BD/14.06.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann leidet die Baudirektion seit geraumer Zeit unter Personalnot. Nebst nicht voraussehbaren Krankheitsfälle sind dies auch klare Auswirkungen von Effi-Bau. Damals wurde die Baudirektion personalmässig dermassen gestrafft und ausgemergelt, dass es nicht möglich ist, Ausfälle von Mitarbeitern durch längere Krankheitsfälle vorübergehend mit eigenem Personal zu überbrücken und zu kompensieren. Damals wurde grossartig das Preisschild in die Höhe gehalten und geprahlt, wie viel Geld mit dem Effi-Bau-Programm eingespart werden konnte. Es war ein Trugschluss mit Bumerang-Wirkung, so wie sich jetzt die Situation präsentiert. Damit die Baudirektion ihren Verpflichtungen und Projekten seriös und mit der gewohnten Qualität nachgehen kann, braucht es weiterhin externe Unterstützung; diese haben auch ein Preisschild; aber in die andere Richtung. Effi-Bau lässt grüssen... Die SP-Fraktion unterstützt die vorübergehende externe Lösung zu 100 Prozent. Die Baudirektion muss weiterhin funktionieren und ihre tägliche, wichtige Arbeit ausführen können. Der SP stellt sich noch die Frage nach dem Stand der Ausschreibung Nachfolge-regelung Bauinspektorat. Wurde man da schon fündig? Eine weitere Frage stellt sich betreffend bereits besetzte Stellen; entspricht jede besetzte Stelle dem geforderten Anforderungsprofil? Die SP unterstützt die Vorlage und wird dem Zusatzkredit zustimmen.
- 2.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger trifft es zu, dass gewisse Stellenpro-zente aufgehoben wurden. In einem Bereich (Stadtplanung/Bauinspektorat) hingegen wurden sogar Stellenpro-zente erhöht.
- 2.3 Aquil Briggen führt aus, dass der Leiter Bauinspektorat spätestens gegen Ende 2022 in Pension gehen wird und die Baudirektion nach einem/er geeigneten Nachfolger/in sucht. Nach drei internen Ausschreibungsrunden, die nicht erfolgreich waren, wurde vor eineinhalb Monaten ein spezialisiertes Büro beauftragt, das bei der Suche und Rekrutierung helfen soll. Bisher wurden schon Gespräche geführt und Referenzen eingeholt. Es konnte aber noch niemand Passendes gefunden werden. Bauinspektor/in ist kein „Schön-Wetter-Job“, sondern sehr anspruchsvoll und herausfordernd. Man behält die Anforderungen an die Stelle hoch. Das Anforderungsprofil wurde aktualisiert.

Gesucht sind ein breites Wissen und Interesse in allen Bereichen der Bau­fächer (Bau­konstruktion, Funktion, Gestaltung, Haustechnik, Energie, Baurecht, Verfahren, etc.) und entsprechende Erfahrung. Weiter sind ein überzeugendes Auftreten und die Fähigkeit gefragt, Gesuchsteller, Bauherren und Behörden zu begleiten und zu beraten.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Zu Lasten ER 2021 Konto 0222.3132.02 Honorare externe Berater, Gutachter, Fach­experten, Diverse, wird ein Nachtragskredit von CHF 80'000.00 bewilligt.

Vollzug: PA, BD

BD (PL 2, Personalakten, A)
PA
FV

0.2.2 / acs

Anpassung der Pensen für die Schulleitungen

Vorlage: SL/SV / 25.06.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Gesamtschulleiter Hubert Bläsi entsprechen die im vorliegenden Geschäft beantragten Inhalte keinem Wunschbedarf, sondern müssen als dringliche Massnahmen für das Funktionieren des Schulsystems vor Ort bezeichnet werden. Geplant ist eigentlich gewesen, die Vorlage nach der vorletzten Woche durchgeführten Retraite einzugeben. Dann hat man aber gemerkt, dass man mit dieser Planung erst nach der Sommerpause - und weil eine neue Legislaturperiode startet - erst im September in den Rat gekommen wäre. Das wäre aus Sicht der Schulen nicht verantwortbar gewesen. Oder um bildlich zu reden, der Ballon ist weder halbvoll noch halbleer - er ist pumpenvoll und droht zu platzen. Damit will er ausdrücken, dass es weder um Optimismus noch um Pessimismus geht. Es geht vor allem - und davon ist er überzeugt - um Realismus, wobei die Sachlage transparent dargelegt werden soll, um ein rasches Handeln - vor einem befürchteten Knall - zu realisieren. Nachdem über drei Jahre lang keine Pensenanpassung erfolgt ist, hat sich der Ressourcen-Bedarf über die erwähnte Zeitspanne markant entwickelt und ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Weil einige auch in der Vorlage erwähnt sind, pickt er nur ein paar wesentliche Punkte heraus: Die eindruckliche Zunahme der Anzahl der Schüler/innen (SuS), die Umstrukturierung des separativen Modells zur integrativen Beschulung bei der Speziellen Förderung, die Einführung resp. Umsetzung des Lehrplans 21, mehrere Wechsel auf der Führungsebene, eine hohe Abklärungsquote bei den SuS, die Steigerung von gravierenden Fällen bei den SuS, schwierige Situation bei Stellvertretungen und Stellenbesetzungen. Es gäbe noch viele aufzählwürdige Begründungen, die man ins Feld führen könnte. Wichtiger scheint ihm aber, dass er dem Gemeinderat die aktuelle Situation so vermitteln kann, damit erkennbar wird, wie markant sich die Überlastungssituation aktuell darstellt. Das Merkmal hat sich bekanntlich auch in der ESE-Auswertung manifestiert. Der Gemeinderat wurde darüber ins Bild gesetzt und die jetzige Vorlage entspricht darum einem unverzichtbaren Beitrag, um dafür zu sorgen, dass das System ‚Schule‘ stabilisiert werden kann. Im Dialog mit dem Kanton wird die Haltung gestützt und das mit der Aussage einer ‚tausendprozentigen Rückendeckung‘. Dass die postulierte Pensenerhöhung nicht quer in der Landschaft steht, belegt auch die Tatsache, dass als Berechnungsgrundlage die Empfehlungen des VSEG und des VLSO beigezogen wurden. Dabei hat man den Faktor von 0.7 pro Schüler gewählt, der - wie man dem Vorlagentext und der Beilage entnehmen kann - vom Wort ‚mindestens‘ begleitet ist. Die daraus für Grenchen resultierende Mindestsumme käme so auf 1210 %.

Bei einer Zustimmung zum vorliegenden Antrag würden aktuell gesamthaft 1165 % beansprucht (SL, Sekr. + SV). Dabei ist zu betonen, dass die Faktoren-Vorgaben nicht in erster Linie für Schulen mit einer hohen Heterogenität erstellt wurden, sondern kantonsübergreifend für alle Gemeinden gedacht sind. Ein Schulträger wie Grenchen, der mit einer erhöhten Komplexität unterwegs ist, sollte diese Werte darum - betrachtet nach fachlichen Gesichtspunkten - nicht unterschreiten. Und es geht bei der Antragsstellung auch nicht einzig und alleine um eine hohe Schulqualität, sondern auch um die Ermöglichung des Unterrichts im Allgemeinen. Also um die Unterstützung der Schulleitungen - und damit auch der Lehrpersonen - in ihrer täglichen und langfristigen Arbeit. Er erachtet es auch als Verpflichtung, dafür zu sorgen, hohen Fluktuationen bei den entsprechenden Betätigungen vorzubeugen. Bei Stellenwechseln geht nämlich enorm viel an Wissen und Geld verloren. Die Einarbeitungszeit einer Schulleitung oder einer Sekretariatsperson ist lang und 'der Fragen sind viele', was Etliches an zeitlichen Ressourcen verschlingt. Ebenso steht der gesundheitliche Aspekt im Raum. Leider muss festgestellt werden, dass da erhöhte Gefahren lauern und bereits unerfreuliche Anzeichen auszumachen sind. Selbstverständlich hat man auch Prozentvergleiche mit anderen Gemeinden vorgenommen. Und obwohl sich die Vergleichbarkeit - bedingt durch unterschiedliche Ausgangslagen und Organisationsstrukturen - schwierig gestaltet, stellt man fest, dass man mit weniger Ressourcen unterwegs ist als andere ähnlich strukturierte Gemeinden im Kanton.

Er erlaubt sich noch zwei, drei ergänzende Bemerkungen zur Vorlage: Die erwähnten Schüler/innenzahlen variieren und entsprechen einer Momentaufnahme. Über 200 SuS sind in Sondersettings und werden nur teilweise mitgezählt. Bei der Tabelle auf Seite 4 ist zu beachten, dass die Zeile mit der ersten Zelle 'ab 01.08.2022' als Information zu betrachten ist, sonst stimmen die Summen in der letzten Zeile nicht überein. Die beantragten 60 % für die spezielle Förderung beinhalten nicht die Übernahme des gleichnamigen Ressorts. Es geht darum, Arbeiten, welche die einzelnen Schulleitungen in diesem Bereich erbringen, erhöht zu delegieren. Dazu gehören u.a. das Sitzungsmanagement unter den Förderlehrpersonen, Besprechungen mit Eltern, Lehrpersonen, Fachstellen, die Durchführung von Triagen, das Verfassen von Berichten, das Erstellen von Anträgen, das Vornehmen von Beratungen, das Verhandeln mit dem Kanton usw. Mit der Bewilligung der Stellenprozente 'Spezielle Förderung' erfolgt - nebst der Übernahme von administrativen Routinearbeiten - sowohl die eigentliche wie auch dringend benötigte Entlastung für die Schulleitungen. Andere Gemeinden z.B. im Wasseramt funktionieren nach diesem Modell und die Massnahme hat sich gemäss Aussagen von Fachpersonen bewährt. Der Gemeinderat hat sich sicherlich auch erkannt, dass man bei der administrativen Unterstützung nicht mehr von 'Assistenzarbeiten', sondern von 'Sekretariatsarbeiten' ausgeht. Das entspricht einem adäquaten Bedürfnis und hat für die Stadt einen positiven Einfluss auf die Lohnkosten. Die im Beschlussesentwurf erwähnten Beträge sind als Worst-Case-Szenario definiert. D.h., die Berechnungen gehen davon aus, dass das beantragte Modell im August bereits umgesetzt ist. Realistischerweise muss aber wegen des Ausschreibens, Bewerbens, Kündigens etc. von einer markanten Startverzögerung ausgegangen werden. In diesem Sinne wird der benötigte Betrag mit hoher Wahrscheinlichkeit tiefer ausfallen als erwähnt. Abrundend bittet er den Rat noch einmal eindringlich, den Anträgen zuzustimmen. Man muss jetzt die Chance zur Stabilisierung nutzen. Ebenso bittet er den Rat, Verantwortung zu übernehmen, damit man die anstehenden Herausforderungen stemmen kann und der Ballon nicht zum Platzen kommt. Für die notwendige Unterstützung bedankt er sich.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Gemeinderat Daniel Hafner erachtet die SP-Fraktion eine gute Qualität der Schulen als prioritär. Der Handlungsbedarf ist gegeben. Es stellen sich ihr noch zwei Fragen: Die Situation wird als dramatisch geschildert. Es ist noch nicht so lange her, da wurde dem Gemeinderat der Schlussbericht Externe Schulevaluation (ESE) unterbreitet. Die einzige „gelbe“ Ampel wurde im Bereich Arbeitsklima für Lehrpersonen (Betriebsklima) registriert. Es war von Kommunikationsproblemen die Rede. Es war ein guter Schulbericht, in dem diese Dramatik nicht abgebildet war. Wie ist das möglich? Die wesentlichen Punkte - höhere Schülerzahlen, Demografie - sind schon ein Zeit lang manifest. Man erfährt vom Ballon, der bald platzen könnte. Das war schon vor zwei, drei Jahren absehbar. Warum wurde der Entwicklung nicht Rechnung getragen und eine entsprechende Stellenerhöhung ins Auge gefasst?
- 2.2 Dass die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Richard Aschberger, immer etwas kritisch eingestellt ist, ist nichts Neues. Der Gemeinderat hat gefühlt an jeder zweiten Sitzung Notfallkosten, Zusatzkosten etc. im Bereich Schulen zu bewilligen. Da stellt die SVP schon einiges in Frage. Die zwei Fragen von Daniel Hafner hätte sie auch gerne beantwortet gehabt. Was jetzt gesagt wird, deckt sich nicht mit den Ergebnissen der ESE mit fünf der sechs Ampeln auf Grün. Jetzt wird alles viel dramatischer geschildert. Es heisst plötzlich, dass sofort etwas gemacht werden müsse, sonst explodiere das System. Da bleibt man schon konsterniert zurück. Der Zeitpunkt ist denkbar ungünstig, nächstens steht der Wechsel bei der Gesamtschulleitung an. Die neue Gesamtschulleiterin tritt ihr Amt im Frühling 2022 an. Die neue Leitung muss analysieren, was man für Ressourcen hat und was man ändern muss. Jetzt auf Vorrat etwas zu machen, das die neue Leitung dann in Frage stellt, findet die SVP nicht geschickt. Eine Erhöhung ist mit den vorliegenden Zahlen nicht zwingend angezeigt, es sind Empfehlungen. Wenn man beim Staat Stellen aufbaut, ist man danach niemals wieder runtergegangen. Es bleibt auf hohem Niveau und zieht maximale Kosten mit sich. Man hat damals bei der speziellen Förderung gewarnt. Es gibt heute gefühlt 100 Zusatzangebote. Auch bei diversen Pilotprojekten mit dem Kanton (TAZ etc.) gab es nachher für die Stadt immer zusätzliche Kosten. Das eine zieht das andere mit sich. Zur Verdeutlichung weist Richard Aschberger auf Ziff. 4.6 des Beschlussesentwurfes hin, wonach für das Jahr 2022 ein Mehraufwand von CHF 217'715.00 (zuzüglich Sozialversicherungsbeiträge) zu budgetieren ist. Es handelt sich um wiederkehrende Fixkosten im sechsstelligen Bereich, die fast ein halbes Steuerprozent ausmachen. Die Löhne von Mitarbeitenden, die höhere Lohneinstufungen erhalten, gehen auch nicht mehr runter. Man ist hier nicht beim Staat. Die SVP wird den Anträgen nicht zustimmen. Es soll ein halbes Jahr abgewartet werden. Die neue Gesamtschulleiterin soll das Ganze analysieren und dann wieder kommen.
- 2.3 Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, findet auch, dass der Zeitpunkt, den der Gesamtschulleiter, der in sechs Monaten abtritt, für so ein Geschäft gewählt hat, der denkbarste ungünstigste und seltsamste ist. Im letzten Gemeinderat wurden im Bereich Schulen Kreditüberschreitungen von fast CHF 800'000.00 bewilligt, weil es Fehler in der Budgetierung gab. Es wurden Sparworkshops durchgeführt. Es gibt die überparteiliche Motion „*Einführung eines Stellenmoratoriums bzw. einer für die gesamte Stadtverwaltung geltenden Stellenplafonierung*“, welche bei Erheblicherklärung einen Anstellungstopp zur Folge hätte. Da macht es keinen Sinn, Ressourcen zu erhöhen und neue Stellen zu schaffen. Es stellt sich auch die Frage, was die verschiedenen Sekretariatsstellen alle machen. Man könnte das in einer einzelnen Stelle zentralisieren.

- So wie die Anträge formuliert sind - man spricht hier von Fixstellen - wird die glp nicht zustimmen und sich stark machen, dass die neue Gesamtschulleiterin die Situation beurteilen soll. Es sollen Temporärstellen ausgeschrieben werden, damit man der neuen Gesamtschulleiterin die Chance gibt, das Ganze nochmals zu überarbeiten.
- 2.4 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, wurde die Anpassung der Schulleiter- sowie der Sekretariatspensen auch in der Die Mitte-Fraktion kontrovers diskutiert. Da wurden berechtigte Fragen über die geforderte Stellenaufstockung gestellt. Wieso kommt gerade jetzt diese Vorlage? Ist die Arbeitsbelastung tatsächlich derart hoch oder wird zu wenig effizient gearbeitet? Wenn man die Sekretariatsstellenaufstockung um satte 130 % betrachtet, stellt sich die Frage - weshalb dieser massive Ausbau? Hat dies alles mit den verschiedenen Schulreformen zu tun, welche einen sehr hohen administrativen Mehraufwand mit sich bringen? Weshalb muss bei der speziellen Förderung, welche grundsätzlich zu einem Schulleiter-Ressort gehört, eine zusätzliche 60 % Schulleiterstelle geschaffen werden? Die Mitte-Fraktion hinterfragt dies alles sehr kritisch, trotz allem versucht sie die Situation zu verstehen. Selbstverständlich ist ihr bewusst, dass vor allem in den Primarschulhäusern viele Kinder mit einem hohen Fremdsprachenanteil und einem grossen Anteil an Förderbedarf zur Schule gehen, dazu gesellen sich auch noch schwierige Eltern, welche den Lehrpersonen wie auch den Schulleitern die Arbeit nicht gerade erleichtern. Damit man sich ein genaueres und tiefgreifendes Bild von der Situation machen kann, ist eine externe Untersuchung respektive Überprüfung unumgänglich. Aus diesem Grund sieht die Mitte sich gezwungen, die Pensenanpassung nur mit einer zeitlichen Befristung zu bewilligen. Sobald die Untersuchung abgeschlossen ist, ist sie gerne bereit, die dann nötigen Pensenanpassungen ohne Befristung zu vollziehen.
- 2.5 Für Gemeinderat Konrad Schleiss ist nachvollziehbar, dass der Gemeinderat nach den Sparübungen Mühe mit solchen Mehrkosten hat. Es entspricht aber der Tatsache, dass es in den letzten zwei Jahren eine Zunahme der Schülerzahlen von mehr als 10 % gab, was sich auch ressourcenmässig auswirkt. Alle sind sich einig, dass man relativ viele fremdsprachige Kinder hat. Das ist eine schwierige Klientel, die auf das Arbeitsleben vorbereitet werden muss. Man hat hier eine Pflicht, diese Leute gut zu betreuen. In Ziff. des Beschlussesentwurfs 4.8 steht: „*Die Ressourcen werden alle 4 Jahre überprüft und auf das 5. Jahr angepasst.*“ Im März 2022 kommt die neue Gesamtschulleiterin. Die FDP-Fraktion wäre dafür, dass man es nach zwei Jahren überprüft. Dann hätte man Zeit, die Sache genau zu analysieren und ab dem 3. Jahr anzupassen. Grundsätzlich sieht die FDP den Bedarf und die damit verbundenen Mehrkosten. Die Neustrukturierung mit dem Lehrplan 21 fordert ihre Konsequenzen.
- 2.6 Hubert Bläsi bezieht sich auf die Frage, warum es diese Dramatik gibt und ob die Situation nicht schon früher absehbar war. Im ESE-Bericht war bei der Mitarbeiterzufriedenheit die Ampel auf Gelb. Die Schulen hatten daraufhin den Auftrag, Massnahmen zu ergreifen. Erst in der Folge des Prozesses hat man gemerkt, wie dramatisch die Situation bei den Schulleitungen ist. François Scheidegger wurde zu einer Sitzung eingeladen und hat es im O-Ton gehört. Hubert Bläsi war beeindruckt von den Rückmeldungen und hatte Begegnungen mit Lehrpersonen in den Schulkreisen. Es muss jetzt etwas gemacht werden. Es wurden schon Massnahmen eingeleitet (die Schulleiter-Pensen wurden auf 100 % erhöht). Was sich nicht bewährt hat, ist eine einzige Sekretariatsstelle für drei Schulleitungen an drei Arbeitsorten. Man wollte eine Lösung bringen, die funktioniert. Jetzt musste man schnell handeln und die Vorlage früher bringen, weil das System am Kollabieren ist und man die Verantwortung, die man hat, wahrnehmen muss.

- 2.6.2 François Scheidegger kann bestätigen, dass sich die Situation vor einem Jahr dort ähnlich präsentiert hat. Die Schulleitungen haben versucht, Massnahmen zu ergreifen. Die Situation wurde falsch eingeschätzt. Die Massnahmen haben sich nicht bewährt. Es gab eine Kündigung. Der Handlungsbedarf ist zwingend. Wenn jetzt erlangt wird, dass es die neue Gesamtschulleiterin machen soll, dann verliert man ein Jahr. Der Gemeinderat ist Aufsichtsbehörde. Er hat die Verantwortung und kann sie nicht abschieben. Er muss jetzt handeln. François Scheidegger hat angeordnet, dass das Geschäft für heute traktandiert wird. Sonst verliert man nochmals drei Monate. Man muss die Schulleitungen stärken, welche die Säulen sind. Wenn sie nicht mehr funktionieren, hat man ein Problem.
- 2.6.3 Laut Hubert Bläsi waren die Struktur und die Menge bekannt. Die neuen Kinder kommen alle mit einem Rucksack. Es kommt selten vor, dass man Kinder ohne Probleme hat. Es gibt solche Gemeinden. Grenchen hingegen scheint solche Kinder anzuziehen. Man ist verpflichtet, die Kinder zu betreuen und zu beschulen. Er hat die Stellenbeschriebe der administrativen Stellen dabei.

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Anträge und Beschlussesentwurf

3.1.1 Die Anträge 4.1 bis 4.7 werden mit je 10 : 5 Stimmen gutgeheissen.

3.2 Konrad Schleiss stellt zu Ziff. 4.8 folgenden Abänderungsantrag: „*Die Ressourcen werden innert zwei Jahren überprüft und auf das 3. Jahr angepasst.*“ Damit gibt man der neuen Gesamtschulleiterin die Möglichkeit, die Sache zu prüfen und zu sagen, wie es weiter geht.

3.2.1 Patrick Zberg erkundigt sich, ob die Stellen befristet ausgeschrieben werden.

3.2.2 Daniel Hafner erwartet, dass die Stellen befristet ausgeschrieben werden.

3.2.3 Hubert Bläsi hat Bedenken, solche Stellen befristet auszuschreiben. Wenn man bei der Überprüfung zu einem anderen Resultat kommen würde, müsste man die Stellen aufheben und den Personen kündigen. Er sieht das nicht als Hindernis, dass es nicht funktionieren könnte.

3.2.4 François Scheidegger ist eher skeptisch. Wer meldet sich schon auf eine befristete Stelle?

3.2.5 Wenn man, so Konrad Schleiss, die Stellen befristet ausschreibt, hat das eine Qualitätsminderung zur Folge. Er möchte das mit seinem Antrag explizit verhindern. Seine Vorstellung ist, dass man die Stellen normal ausschreibt, dann die Sache überprüft und steuernd eingreift, falls es notwendig wäre. Wenn man die Entwicklung der Schüler- und Einwohnerzahlen sieht, wäre es blauäugig zu meinen, dass die plötzlich runtergehen.

3.2.6 Gemeinderat Robert Gerber schlägt vor, den Abänderungsantrag wie folgt zu formulieren: „*Die Ressourcen werden innert zwei Jahren überprüft und auf das Folgejahr angepasst.*“

3.2.7 Ivo von Büren möchte wissen, wie das aussieht, wenn die Gesamtschulleiterin innert zwei Jahren feststellt, dass die Stellen überflüssig sind. Was macht man dann? Genau aus diesem Grund möchte man eine Befristung.

- 3.2.8 Konrad Schleiss hat nicht das Gefühl, dass man gute Leute bekommt, wenn man befristete Arbeitsstellen anbietet.
- 3.2.9 Laut François Scheidegger handelt es sich KV-Stellen. Er hat persönlich hier nicht so Angst.
- 3.2.10 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, erklärt, dass es mit der Personalordnung nicht so einfach ist, den Leute zu kündigen. Sie würde auch dazu raten, die Leute befristet anzustellen. Wenn man es unbefristet ausschreibt, muss der Gemeinderat später die Stellen wieder aufheben, um die Dienstverhältnisse der betreffenden Angestellten aufzulösen.
- 3.2.11 Reto Gasser befürchtet auch, dass man keine grosse Auswahl hat, wenn man die Stellen befristet ausschreibt. Er ist auch dafür, dass man die Stellen unbefristet ausschreibt und die Situation nach zwei Jahren überprüft. Sollte sich herausstellen, dass es die Ressourcen nicht braucht, kann man die Stellen aufheben. Das ist personalrechtlich kein Problem.
- 3.2.12 Alle im Rat wissen, so Ivo von Büren, dass noch nie oder fast noch nie eine Stelle aufgehoben wurde. Wenn man das tut, ist man des Teufels. Er wird nur zustimmen, wenn man die Stellen befristet ausschreibt.
- 3.2.13 François Scheidegger widerspricht und bringt als Beispiel, dass man im Stadthaus vor Effi-Deville 40 Mitarbeitende auf der Lohnliste hatte, jetzt sind es noch 29. Es soll niemand sagen, dass nicht Stellen abgebaut wurden.

Der Abänderungsantrag zu Ziff. 4.8 wird mit 10 : 5 Stimmen gutgeheissen.

In der Schlussabstimmung ergeht mit 10: 5 Stimmen folgender

- 4 Beschluss
- 4.1 Die Ressourcen der Schulleitungen, der Gesamtschulleitung und deren Sekretariate werden gemäss Aufstellung unter Ziffer 2.3 der Vorlage ab dem Schuljahr 2021/22 wie folgt erhöht:
- 4.2 Für die Schulleitungen stehen ab SJ 21/22 insgesamt 560 Stellenprozente zur Verfügung (Erhöhung um 60 Stellenprozente für neue SL „Spezielle Förderung“).
- 4.3 Die Ressourcen für die Schulleitung Sek I werden mit der Pensionierung des bisherigen Schulleiters ab dem Schuljahr 2022/23 angepasst (zusätzlich 20 Stellenprozente).
- 4.4 Für die administrative Unterstützung der Schulleitungen und der Gesamtschulleitung werden 215 Stellenprozente zur Verfügung gestellt (Erhöhung um 130 Stellenprozente).
- 4.5 Zu Lasten ER 2021, Konto Nr. 2190.3010.01 wird ein Nachtragskredit von CHF 99'230.00 zuzüglich Sozialversicherungsbeiträge benötigt.
- 4.6 Für das Jahr 2022 wird gemäss den Ziffern 4.2 bis 4.4 der Vorlage der entsprechende Mehraufwand (CHF 217'715.00 zuzüglich Sozialversicherungsbeiträge) budgetiert.
- 4.7 Die GLSG wird beauftragt, den zweiten Anpassungsschritt gemäss Ziffer 2.2 der Vorlage in Angriff zu nehmen. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat bis Mai 2022 vorzulegen.
- 4.8 Die Ressourcen werden innert zwei Jahren überprüft und auf das Folgejahr angepasst.

Vollzug: Schulen Grenchen, Personalamt

GLS
GLSG
SV
PA
FV

0.2.2 / acs

‘Arbeitsgruppe Sport’: Pflichtenheft

Vorlage: KZL/25.06.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Gemäss Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ist das Pflichtenheft kurz, knapp und klar gehalten. Die Mitte-Fraktion begrüsst, dass die Arbeitsgruppe nicht nur mit sportaffinen Gemeinderäten, sondern auch mit nicht politischen Kandidaten besetzt wird. Die Mitte wird das Pflichtenheft genehmigen. Kleiner Hinweis: unter Ziff. 2.4, 2. Zeile, ist der Satz nicht komplett ausformuliert, es fehlt ein Wort: *Er oder sie kann auch eine Vertretung, namentlich den Sportkoordinator ...*

2.2 Gemeinderat Marc Willemin erklärt, dass die SVP-Fraktion die Schaffung der ‘Arbeitsgruppe Sport’ an der GR-Sitzung vom 6. April 2021 abgelehnt hat, weil sie der Meinung ist, dass es sie nicht braucht. Sie wird deshalb das Geschehen kritisch beobachten. Gemäss Pflichtenheft können die Mitglieder auch Ausländer sein. Wenn das Gremium später in die Jugendkommission eingegliedert würde, wären diese nachher nicht mehr zugelassen. Hier wäre das Problem schon vorprogrammiert, dass man sie ausschliessen müsste, auch wenn sie gut wären.

2.2.1 Stadtpräsident François Scheidegger meint, dass man sie auch einbürgern könnte.

2.3 Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann kann die SP-Fraktion das Pflichtenheft so unterstützen. Sie stellt sich die Frage, ob nebst den ordentlichen GR-Mitgliedern auch GR-Ersatz-Mitglieder Einsitz in dieser Arbeitsgruppe nehmen können. Die Absicht, die Arbeitsgruppe Sport später in die Jugendkommission zu integrieren und eine neue Kommission Jugend und Sport zu bilden, sieht sie nicht gleich dringlich wie die Vorlage. Die Arbeit der Arbeitsgruppe Sport muss über eine längere Zeitachse betrachtet werden. Die Arbeitsgruppe muss sich entwickeln und praxisbezogen arbeiten können. Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage und wird dem Pflichtenheft in dieser Form zustimmen.

2.4 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber wurde das Einsetzen einer Arbeitsgruppe Sport im Gemeinderat im Frühling 2021 beschlossen. Es geht heute darum, dieser Arbeitsgruppe noch ein Pflichtenheft zu verpassen.

In der Vorlage wird erwähnt, dass diese Arbeitsgruppe nun in der Praxis erprobt werden soll. Das erscheint ihm, ein wichtiger Satz zu sein. Grundlage der Arbeitsgruppe ist nicht etwa die Gemeindeordnung und damit mehr oder weniger sture Vorgaben. Die Arbeitsgruppe muss sich zuerst finden. Sollte sich zeigen, dass Korrekturen nötig sind, kann man diese rasch im Rat vornehmen und das Pflichtenheft entsprechend anpassen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und wird dem Pflichtenheft zustimmen.

2.5 Wie Luzia Meister ausführt, können auch GR-Ersatzmitglieder nominiert werden. Es wäre empfehlenswert, daneben noch 1-2 Externe zu bringen, welche die Arbeitsgruppe mit ihrem besonderen Wissen und Netzwerk unterstützen könnten.

2.6 Für François Scheidegger ist das Ganze ein Versuch.
Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Gemäss Luzia Meister sollte im Pflichtenheft unter Ziff. 2.4, 2. Zeile, der Satz richtigerweise wie folgt heissen: „*Er oder sie kann auch eine Vertretung, namentlich den Sportkoordinator delegieren.*“

Es ergeht mit 11 : 4 Stimmen folgender

4 Beschluss

4.1 Das Pflichtenheft für die 'Arbeitsgruppe Sport' wird genehmigt.

Vollzug: Stadtschreiberin / KZL

KZL

0.1.8 / acs

Geschäftsprüfungskommission: Ausschreibung, Einsetzen Wahlausschuss

Vorlage: KZL/24.06.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage zusammen.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger findet es nicht so geschickt, den Stadtpräsidenten als Vorsitzenden des Wahlausschusses zu wählen. Er schlägt vor, eine Vertretung der glp zu wählen.
- 1.3 Luzia Meister findet es ebenfalls gescheiter, wenn das Präsidium an die Parteien geht, damit die Unabhängigkeit auch im Wahlprozess besser gewährleistet wird.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Die Fraktionen nominieren folgende Personen:

SVP: Ivo von Büren

SP: Daniel Hafner

FDP: Reto Gasser

Die Mitte: Peter Brotschi

glp: Patrick Zberg

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Für die Vorbereitung der Wahl der Geschäftsprüfungskommission wird ein Ausschuss eingesetzt, dem folgende Personen angehören:

SVP: Ivo von Büren

SP: Daniel Hafner

FDP: Reto Gasser

Die Mitte: Peter Brotschi
glp: Patrick Zberg

Vollzug: PA, KZL

PA

0.1.8 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Einweihung Abenteuer- und Erlebnisspielplatz Lindenstrasse

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger orientiert, dass der neue Spielplatz am 13. Juli 2021, um 09.00 Uhr, eingeweiht wird.

2 Boothafen Grenchen

- 2.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen orientiert kurz über den Status des Geschäfts:

- 73 Bootsplätze (L=6.0m bis L>12.0m)
- 54 Parkplätze
- Veloabstellplätze
- Servicegebäude mit Schliessfächer und WC
- Treppenanlage in Aare
- Kanalisationsanschluss (separates Projekt)
- Baugesuch bei ARP eingereicht
- 2 Einsprachen (pro natura, Birdlife)
- Gestaltungsplan ist einzuhalten
- Kompensationsmassnahme: Aufhebung „wilde“ Anbindeplätze

Auf den nachfolgenden Folien sind der Situationsplan und das Hafenbecken mit Spundwand ersichtlich.

Baudirektion

Gemeinderat, 06. Juli 2021

**Stadt
Grenchen**
Baudirektion**Bootshafen**

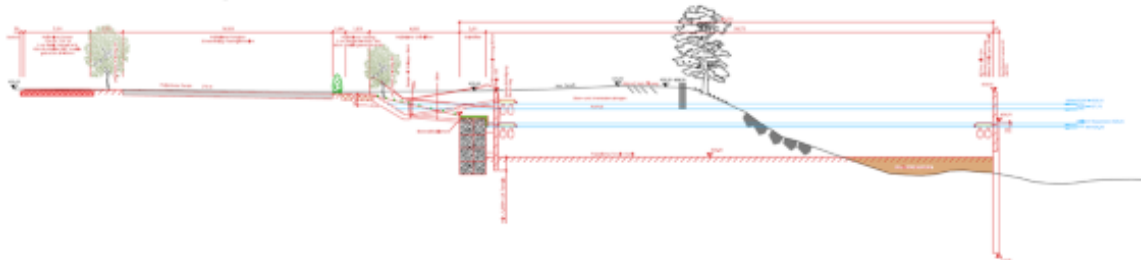
Baudirektion | Dornstrasse 14 | 2540 Grenchen | baudirektion@grenchen.ch | Seite 1

Baudirektion

Gemeinderat, 06. Juli 2021

**Stadt
Grenchen**
Baudirektion**Bootshafen**

- Hafenbecken mit Spundwand geschlossen
- Spundwand bei Hochwasser überflutet
- Anbindeplätze bei Hochwasser sicher



Baudirektion | Dornstrasse 14 | 2540 Grenchen | baudirektion@grenchen.ch | Seite 3

Ansprache des Stadtpräsidenten zum Ende der Legislatur 2017-2021

1 Stadtpräsident François Scheidegger hält folgende Ansprache:

Mit der heutigen Sitzung beenden wir im Gemeinderat die Amtsperiode 2017-2021.

Ich danke allen, die sich während der verflissenen Legislaturperiode für das Wohl unserer Stadt und ihrer Bevölkerung eingesetzt haben. Dieser aufrichtige Dank gilt allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, allen Ersatzrätinnen und Ersatzräten, allen Kommissionsmitgliedern und auch allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Allen, die unserer Stadt in irgendeiner Form an irgendeiner Stelle gedient haben.

Der Gemeinderat behandelte (ohne die heutige Sitzung) in der zu Ende gegangenen Legislatur an 47 Sitzungen 488 Geschäfte, (zum Vergleich: Amtsperiode 2013-2017: 46 Sitzungen mit 499 Geschäften). Die Gemeinderatskommission behandelte (ohne die GRK-Sitzungen vom 07.07. und 25.08.2021) an 56 Sitzungen 562 Geschäfte (zum Vergleich Amtsperiode 2013 - 2017: 59 Sitzungen mit 605 Geschäften).

Der Gemeinderat sass insgesamt 128 Stunden an Sitzungen, die Gemeinderatskommission 172 Stunden und 15 Minuten.

Nach meiner Wahrnehmung war es eine intensive Legislatur. Der Gemeinderat hat viel gearbeitet und viel bewirkt. Meine Bilanz ist deshalb sehr positiv. Aus zeitlichen Gründen kann ich nicht nochmals im Detail auf alle Geschäfte eingehen. Ich erlaube mir aber trotzdem, folgende Geschäfte in Erinnerung zu rufen:

- *Erarbeitung des Strategiepapiers „Kompass“*
- *Neue Stadtbibliothek*
- *Erneuerung Wärmeversorgung Parktheater und Schulhaus IV*
- *Sanierung von verschiedenen Strassenzügen*
- *Verabschiedung des räumlichen Leitbildes*
- *Verabschiedung des Zukunftsbildes Grenchen-Bettlach-Lengnau*
- *Verabschiedung des Agglomerationsprogramms 4. Generation zuhanden von Bund und Kanton*
- *Verabschiedung der Ortsplanungsrevision zur Vorprüfung*
- *Einrichtung von Tagesstrukturen an den Schulen Kästels und Halden*
- *Schaffung einer Geschäftsprüfungskommission (GPK)*
- *Renovation Schulhaus I*
- *Verabschiedung des energiepolitischen Programms 2021-2024 und Rezertifizierung als Energiestadt*
- *Genehmigung des Projektes Bahnhofplatz Süd*

- *Erteilung Projektauftrag zur Totalrevision der Personalordnung*
- *Unterzeichnung Charta für Lohngleichheit im öffentlichen Sektor*
- *Realisierung eines Kunstrasenfeldes*
- *Einrichtung der Ehrentreppe in der Absyte*
- *Sperrung der Bettlachstrasse in den Sommermonaten*
- *Erteilung Projektauftrag zur Optimierung der familienergänzenden Kinderbetreuung*
- *Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der SWG und Statutenanpassung*
- *Externe Schulevaluation*
- *Verabschiedung Leitbild Kinder- und Jugendpolitik und Roadmap für die Rezertifizierung als UNICEF-Labels Kinderfreundliche Gemeinde*

Zum Schluss möchte ich einen besonderen Dank den austretenden Ratsmitgliedern und Ersatzmitgliedern zukommen lassen. Sie werden bei anderer Gelegenheit noch geehrt, ich erlaube mir aber, sie namentlich zu erwähnen:

- *Reto Gasser*
- *Konrad Schleiss*
- *Nadine Fluri*
- *Dominik Heiri*
- *Vanessa Meury*
- *Susanne Saladin*
- *Alfred Kilchenmann*
- *Maria Lo Giudice*
- *Andrea Heiri*
- *Daniel Lüdi*
- *Silvan von Arx*
- *Pascal Caduff*

Ihnen allen gilt der herzlichste Dank, verbunden mit allen guten Wünschen. Wir freuen uns, wenn Sie sich auch weiterhin um unsere Stadt interessieren und sich dort, wo Sie zum Teil noch tätig sind, dafür einsetzen.

Die Finanzpolitik hat in der vergangenen Legislatur viel Raum eingenommen, ich erinnere an unseren letzten Workshop, sie war durch folgende wesentliche Punkte geprägt:

In den Jahren 2018-2020 erzielte die Rechnung der Stadt Grenchen Überschüsse von über 5 Mio. Franken.

Ein Teil des Investitionsstaus - insbesondere im Bereich der Strassen - konnte in den Jahren 2019 und 2020 aufgeholt werden. Es besteht aber nach wie vor ein erhöhter Investitionsbedarf namentlich bei den Schul- und den Verwaltungsliegenschaften.

Der Kredit für die Neugestaltung beim Bahnhof Süd wurde in dieser Legislatur gutgeheissen. Eine Chance, um den Knotenpunkt Bahnhof Süd aufzuwerten.

Im Jahr 2020 wurde die Reform der Firmenbesteuerung (STAF) im Kanton Solothurn angenommen und so die Gesamtsteuerbelastung für Firmen gesenkt. Welche Auswirkungen die Steuerreform haben wird, werden wir in der nächsten Legislatur sehen.

Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen sind auch in dieser Legislatur leicht angestiegen, bei den juristischen Personen ist aufgrund der Auswirkungen der Steuerreform momentan keine verlässliche Aussage möglich. Eine Prognose zur Entwicklung der Uhren- und Präzisionsindustrie und generell für die KMU und das lokale Gewerbe ist aufgrund der Auswirkungen von Corona zusätzlich erschwert.

Gestützt auf die im strategischen Leitbild „KOMPASS“ festgelegte Steuerpolitik konnte der Steuerfuss in der Legislaturperiode bereits während 3 Jahren bei den natürlichen Personen um je 1 Steuerpunkt auf 121 % (2021) gesenkt werden. Das Ziel, den Kantonalen Durchschnitt (117/118 %) zu erreichen, soll auch in der kommenden Legislatur weiterverfolgt werden.

Die erfreulichen Ergebnisse der Jahre 2018-2020 basieren zu grossen Teilen auf Einmaleffekten und auf höheren Beiträgen aus dem Finanz- und Lastenausgleich. D.h. wir können nicht nachhaltig solche Ergebnisse für die Zukunft erwarten.

Es besteht nach wie vor ein strukturelles Defizit, welches mit Massnahmen bereits leicht reduziert werden konnte. Es bedarf jedoch weiterer Anstrengungen, um negative Finanzierungsergebnisse und damit eine steigende Verschuldung zu vermeiden.

Es wurden neue Massnahmen definiert, welche im Einklang mit der Strategie „KOMPASS“ im Laufe der kommenden Legislatur umgesetzt werden sollen, mit dem Ziel, mindestens die getätigten Investitionen aus eigenen Mitteln tragen zu können.

Seit 1½ Jahren müssen wir uns mit einer ganz neuen Thematik auseinandersetzen, Stichwort „Corona“. Es ist zu hoffen, dass das Schlimmste überstanden ist, ganz sicher bin ich mir dabei aber nicht. Aufgrund der neuesten Nachrichten könnte es auch sein, dass wir heute am gleichen Punkt wie vor einem Jahr sind - hoffen wir, dass es nicht so ist.

Ich komme zum Schluss. Ich danke Euch allen nochmals für Eure Mitarbeit im Gemeinderat. Merci für Euer Engagement zum Wohle der Stadt Grenchen und seiner Bevölkerung. Ich wünsche Euch eine schöne Sommerpause und freue mich, wenn im August 2021 die neue Legislatur mit dem neuen Gemeinderat startet. Es wird uns bestimmt nicht langweilig werden - packen wir's an!

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 7

vom 06. Juli 2021

Beschluss Nr. 2791

VERTRAULICH

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 7

vom 06. Juli 2021

Beschluss Nr. 2792

VERTRAULICH

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 7

vom 06. Juli 2021

Beschluss Nr. 2793

VERTRAULICH